



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 20951/52

Hannover, Georgstraße 33

7/IV/146

20. Oktober 1949

Vier Wochen Adenauer

sp. Am 20. September 1949 stellte Bundeskanzler Dr. Adenauer dem Parlament sein erstes deutsches Nachkriegskabinett vor. Seit einem Monat sind die Ministerien nun bei der Arbeit.

Bei aller Anerkennung der Schwierigkeiten, denen sich das Kabinett als Ganzes und die Ministerien im einzelnen bei Beginn ihrer Tätigkeit gegenübersehen, mischt sich doch eine **lebhaft**e Enttäuschung in unsere Überlegungen, wenn wir diesen ersten Monat praktischer Regierungsarbeit rückschauend kritisch betrachten.

Noch ist alles, aber auch alles, im Zustand des Provisorischen. Nicht einmal Staatssekretäre sind inzwischen ernannt, obwohl sie die tragenden Pfeiler des Verwaltungsgerippes sein müssten. Selbst die grundsätzliche Frage, ob man sich für die Berufung parlamentarischer oder beamteter Staatssekretäre entscheiden will, ist bisher nicht geklärt. Namen schwirren hin und her, kommissarisch ist der eine oder andere Anwärter bereits tätig. Aber die Schwierigkeit, jedem Ministerium seinen ersten Stabchef zu geben, ist anscheinend noch grösser als die Kabinettsbildung vor vier Wochen. Und damit verzögert sich der Arbeitsbeginn der Ministerialverwaltung aufs neue.

All zu schleppend erscheint uns das alles. Schon die Vorstellung des Kabinetts wurde in letzter Minute vom 19. auf den 20. September verlegt, - weil man sich innerhalb der Regierungsparteien über die Sesselverteilung nicht einig werden konnte. Die Plenar-

sitzungen des Bundestages wurden gegen den Widerspruch der SPD bereits nach der ersten Arbeitswoche unterbrochen und vertagt, - weil die Regierungskoalition durch schwerwiegende taktische Gründe dazu gezwungen wurde. Die endgültige Entscheidung Bonn-Frankfurt wurde durch die Überweisung an einen Sonderausschuss hinausgezögert, - weil man der von der SPD geforderten sofortigen, klaren Entscheidung in geheimer Abstimmung aus Angst vor einer Niederlage ausweichen wollte.

Eine Verzögerung folgt der anderen. Die Arbeit drängt. Das Volk wartet darauf, dass etwas geschieht. Aber die Regierung - in sich selbst uneins - hat zunächst alle Hände voll damit zu tun, die trennenden Klüfte zu überbrücken, die sich immer wieder in ihren eigenen Reihen auftun.

So ist der erste Monat vergangen, ohne dass man spürbare Fortschritte oder entscheidende Daten registrieren könnte.

Umso aufmerksamer verfolgen die Kreise in Bonn den Vorstoss der SPD durch die Besuche ihres Fraktionsführers, Dr. Schumacher, beim Bundeskanzler und beim Bundespräsidenten. Er hat damit, so sagt man, die gar zu langsam schwelende Glut wieder angeblasen und neues Holz auf das Feuer geworfen.

Eine Frage drängt sich dabei auf: Sollte man die Ergebnisse der Hamburger Wahlen vielleicht schon als erste Spaltung der Stimme des Volkes auf die unbefriedigende Regierungsarbeit werten können?

=====

Der Fall Duttweiler

O.Z. Zürich, im Oktober

Pressemeldungen aus München besagen, dass Gottlieb Duttweiler, bekannter Geschäftsmann und Politiker der Schweiz, die Verbindung mit bayerischen Wirtschaftskreisen aufgenommen hat, um von Bayern aus seine Migros-Genossenschaft mit ihrem Verkaufssystem der fahrenden Läden in Landbezirken und der Selbstbedienungsläden in Städten über ganz

Westdeutschland ausbreiten zu können.

Wie in der Schweiz die "Migros-Wagen" zum Strassenbild in allen Kantonen gehören, könnten auch ältere Berliner Hausfrauen der Verkaufswagen sich erinnern, die an dieser und jener Strassenecke für fünf bis zehn Minuten auftauchten und ihre Kundschaft bedienten: denn Berlin ist das eigentliche Versuchspflaster Duttweilers und seiner 1925 gegründeten Migros GmbH gewesen, wo er es bis 1933 und dem Verbot seines Geschäftssystems durch die braunen Machthaber zugunsten der Kleinhändler auf 85 Verkaufswagen gebracht hatte.

Inzwischen ist aus der damaligen GmbH und späteren Aktiengesellschaft eine Genossenschaft geworden "durch Stenkung der Duttweiler gehörenden Aktien in Form von Gratis-Genossenschaftsanteilen an die damalige Stammkundschaft". Schon in diesem Tenor klingt die Mischung geschäftlicher Spekulation zu politischer Zweckbedingtheit auf, wie sie typisch ist für Gottlieb Duttweiler und die ihn zum von allen Parteien schärfstens bekämpften Politiker der Schweiz gemacht hat. In die Politik gegangen ist Duttweiler 1935. Zuerst und bis 1940 und dann wieder von 1943 bis Juni 1949 als Abgeordneter in den Nationalrat, seit 1943 aber auch als in den Zürcher Kantonsrat gewählt. "Landesring der Unabhängigen" nennt sich die Duttweilersche Partei Gründung, die er, ohne nominell Parteipräsident zu sein, entscheidend beeinflusst. Die jüngste Ersatzwahl für einen Ständerat des Kantons Zürich brachte Gottlieb Duttweiler nach dem zweiten Wahlgang am 12. September in die heiss erstrebte Vertretung der Kantone.

Duttweiler speist mit seinen Migros-Genossenschaft eine Untenge von Unternehmungen geschäftlicher oder politischer Natur - meist beide Begriffe geschickt vermischt - darunter das "Unabhängige Organ", die zweimal erscheinende Tageszeitung "Die Tat", eine Reise-Organisation, Erwachsenenschulen für jegliche Fort- und Weiterbildung mit angeblich 240 Lehrern und an 25.000 Schülern. Alle diese Unternehmungen nennt er das "soziale Kapital als 'dritte Kraft' gegen die

Übergriffe des Staates und wirtschaftlicher wie politischer Machtgruppen zur Sicherung der demokratischen Freiheiten". Im Lichte seiner Gegner rechts und links erscheint er ganz anders. Der noch gelindeste Vorwurf ist, dass sein Geschäftsgebaren skrupellose Vorteilsnutzung, selbst von Notsituationen darstelle und das "soziale Kapital" und die "dritte Kraft" schlecht getarnte Schlagworte für politischen Dummenfang sind.

"Wenn die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft nicht durch eine entsprechende Konsumentenpolitik der politischen Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften gehoben wird, laufen die Arbeitermassen dahin, wo ihnen im Kampf um eine bessere Lebenshaltung scheinbare Hilfe zuteil wird", formulierte die Schaffhauser "Arbeiter-Zeitung" die Voraussetzungen einer sozialdemokratischen Abwehr, die nicht nur für die Schweiz Gültigkeit haben. Gottlieb Duttweiler spielt sich auf und fühlt sich als Drachentöter des nationalen und internationalen Trustwesens. Damit will er über-tünchen, dass auch seine Politik nur ein Glied privatkapitalistischer Wirtschaftsordnung darstellung, und ein gefährliches dazu, weil es die breiten Konsumentenschichten bei der Ausbeutung betäubt.

Heimarbeit und Mutterschutz

sp. Die Donnerstag-Sitzung des Bundestages beschäftigte sich u.a. mit zwei Anträgen der SPD, welche die Regierung auffordert, ein Heimarbeits- und Mutterschutzgesetz vorzulegen. Die Begründung zum ersten Antrag gab die SPD-Abgeordnete Klara Döhring, die Begründung zum zweiten Antrag die SPD-Abgeordnete Liesel Kipp-Kaule. Die sachlichen Begründungen wurden als sehr sympathisch empfunden, die Anträge wurden angenommen.

Gesetz für Heimkehrer-Betreuung

sp. Die unverzügliche Vorlage eines Gesetz-Entwurfes zur Regelung der Heimkehrer-Betreuung wurde von der SPD im Bundestrag beantragt.

Das Gesetz soll dem Heimkehrer ein Entlassungsgeld, die sofortige Zuweisung von Wohnraum, den Anspruch auf den alten Arbeitsplatz, einen besonderen Zuschlag zur Arbeitslosenunterstützung, ein erhöhtes Krankengeld und eine fühlbare Steuervergünstigung sichern.

Um das Beamtengesetz

sp. Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung hat zur Frage eines vorläufigen Beamtengesetzes eine Verlautbarung herausgegeben, deren Rechtsauffassung sehr bedenklich erscheint. Es wird darin behauptet, dass die Geltung des Militärgesetzes Nr.15 "bis zum Beschluß der Bundesregierung über den Erlass eines neuen Beamtengesetzes" befristet sei. Infolgedessen soll, nach der Regierungsverlautbarung, bereits durch blossen Beschluß der Bundesregierung das Gesetz Nr.15 angeblich ausser Kraft getreten sein. Inzwischen ist von alliierter Seite, abschliesslich der Stelle, die die eigenen Anordnungen am zuständigsten zu interpretieren hat, klargestellt worden, daß diese Auffassung nicht dem Sinn der Verordnung Nr.15 entspricht, die selbstverständlich dahin ging, daß ein solches Gesetz von der Regierung nur nach Berücksichtigung aller gesetzgebenden Faktoren beschlossen werden könnte.

Es ist ziemlich beschämend, daß Dr. Adenauer sich auf diese Weise und von dieser Stelle auf Selbstverständlichkeiten muß aufmerksam machen lassen. Hier ist sein Drang besonders deutlich geworden, wo immer es nur möglich erscheint, ohne die Mitarbeit der Volksvertretung auszukommen. Einer der wichtigsten Gründe für dieses Vorgehen der Regierung ist ohne Zweifel gewesen, auf diese Weise die Möglichkeit zu einer maximal undurchsichtigen Personalpolitik ohne parlamentarische Kontrolle zu schaffen und dabei alle politisch unliebsamen Elemente auszuschalten.

Die Aufhebung des Militärgesetzes vor dem Zustandekommen einer endgültigen Regelung des Beamtensrechtes würde die Wiederherstellung des nationalsozialistischen Beamtengesetzes von 1937 - freilich unter Aufhebung der krassesten Bestimmungen dieses Gesetzes - bedeuten. Die sozialdemokratische Fraktion wird mit besonderer Sorgfalt diesen ganzen Fragenkomplex prüfen und vor allem darauf achten, daß auch wesentliche fortschrittliche Elemente in das neue Beamtengesetz eingebaut werden.

(π/3/230/1/he)

Wiederkehr des "Stürmers"

sp. Der britische Aussenminister Bevin soll nach Agenturmeldungen auf die Frage nach dem möglichen Wiedererscheinen des "Stürmers" erklärt haben, die drei westlichen Alliierten könnten in einem solchen Falle nichts dagegen unternehmen, da jetzt alle Vollmachten auf diesem Gebiet bei deutschen Stellen lägen.

Von massgebender sozialdemokratischer Seite wird hierzu festgestellt: "Die Möglichkeit des Wiedererscheinens des "Stürmers", dieses widerlichen pornographischen Hetzblattes gegen die Juden, erscheint uns grotesk, wenn auch nicht ganz unglaublich. Wenn sich Mr. Bevin wirklich in der angegebenen Weise geäußert hat, dann liegt darin nur eine Bestätigung der seit langem von sozialdemokratischer Seite vertretenen Auffassung, dass die westalliierte Pressepolitik in Deutschland sich als ein klarer Fehlschlag erwiesen hat. Sie hat in erster Linie die materiellen Voraussetzungen dafür geschaffen, wenn ein Organ wie der "Stürmer", evtl. sogar unter seinem alten Verleger, wiedererscheinen sollte, während vielen, von den Nationalsozialisten enteigneten Verlegern auch heute noch ihr rechtmässiges Eigentum vorenthalten wird.

Die SPD hat immer warnend auf die Folgen einer Pressepolitik hingewiesen, die glaubt, heute schon in Deutschland auf jede Kontrolle bei der Zulassung von Zeitungen und Zeitschriften verzichten zu können. Sie wird alles in ihren Kräften Stehende tun, um das Erscheinen von Organen zu verhindern, wie der "Stürmer" eines war. " (m/2clo/l/he)

Gerüchte

sp. Zu Pressemeldungen über die Stellungnahme der SPD in der Frage des Fraktionszwanges wird uns vom Sekretariat der SPD-Fraktion in Bonn mitgeteilt:

1. Über den Fraktionszwang ist nicht abgestimmt worden. Er konnte deshalb weder angenommen noch abgelehnt werden;
2. Alle Diskussionsredner haben sich für eine einheitliche Stimmabgabe bei entscheidenden Angelegenheiten ausgesprochen. Bedenken wurden nur gegen die schriftliche Festlegung erhoben;
3. Die Entscheidung über die Geschäftsordnung der Fraktion ist ausgesetzt. (Fs/2olo/l/he)

Verantwortlich: Peter Raunau